Ewigkeitskosten des Kohleabbaus aufkommen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir uns für Arbeitszeitverkürzungen, die Ermöglichung von Altersteilzeit und die Überführung von Kohlearbeitsplätzen in den Erneuerbare-Energien-Sektor einsetzen.

## Bürgerinitiativen unterstützen

Ein sozialökologischer Umbau und Strukturwandel kann nur unter Beteiligung außerparlamentarischer Bewegungen erfolgreich sein. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Bürger*inneninitiativen vor Ort und setzen uns für die Forderungen der Verbände der Bergbaugeschädigten ein.

## Atomausstieg? Leider nicht in NRW.

Die Uranfabrik in Gronau ist vom Ausstieg ausgenommen, darf unbefristet Brennstoff für Atomkraftwerke in aller Welt herstellen. Zu den Kunden zählen die maroden Atommeiler in Belgien. Ein Drittel der URENCO-Fabrik gehört den Atomkonzernen E.on und RWE. Das Super-GAU-Risiko in Tihange ist auch *made in NRW*. Das müssen wir ändern!

Der Betrieb von Gronau heißt auch: Hunderte geheime Atomtransporte und Strahlenrisiken quer durch NRW. Wir müssen in NRW Druck machen, damit der Atomausstieg endlich zur Stilllegung der Uranfabrik Gronau (und der benachbarten Uranfabrik in Lingen) führt.

Dazu muss endlich das Atomgesetz geändert werden. Wir brauchen ebenso mehr Sicherheit beim Umgang mit dem hochradioaktiven Atomerbe. In Jülich ist das bestehende Zwischenlager nicht mehr sicher.

Statt 152 Atom-Behälter in die USA zu exportieren oder quer durch NRW in das ebenfalls unzureichend gesicherte Zwischenlager in Ahaus zu verfrachten, fordern wir: Sofortiger Neubau einer sicheren Lagerhalle in Jülich!

## Verbot von Fracking und Gasbohren

Die Gasgewinnung durch Fracking birgt zahlreiche Gefahren wie die Grund- und Trinkwasserverseuchung durch Chemikalien und Lagerstättenwasser. Entweichendes Methan ist besonders klimaschädlich. Fracking und die Verpressung von Lagerstättenwasser können Erdbeben hervorrufen, wie es jetzt schon in Niedersachsen zu beobachten ist. Entgegen dem Eindruck, den die Landesregierung in NRW erwecken will, wird Fracking im Landesentwicklungsplan NRW jedoch nicht umfassend ausgeschlossen. DIE LINKE fordert ein Frackingverbot ohne Ausnahmen.

## 100 Prozent erneuerbare Energien

Die Energieeinsparung hat einen besonderen Stellenwert. Daher müssen in allen Bereichen des Energieverbrauchs die Reduktionsmöglichkeiten optimal gefördert und umgesetzt werden. Um die energiebedingten Emissionen bis zum Jahr 2040 auf null zu reduzieren, werden wir die meisten Primärenergieträger durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzen, Häuser isolieren, die meisten Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren ersetzen und Gebäude mit Wärmepumpen beheizen müssen. Die schwarz-gelbe Landesregierung präsentiert sich als Kohlelobby und beschneidet die Erneuerbaren.

DIE LINKE. NRW steht dagegen für den Ausbau der Windenergie und Photovoltaik. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine grundlegende Neugestaltung des EEG, mit seinen viel zu geringen Ausbaupfaden und den Ausschreibungsverpflichtungen, welche die Installation der Erneuerbaren sowie eine genossenschaftliche Umsetzung der Energiewende behindern, ein.

Wir wollen den Menschen vor Ort eine Teilhabe an der Energiewende sowie auch ein Höchstmaß der Selbstversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Deswegen bevorzugen wir regionale Strukturen der Energieversorgung und setzen uns für diese ein.

## Energieversorgung ist eine öffentliche Aufgabe

Energie ist ein Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb muss sie den Bürger*innen gehören, nicht großen Konzernen. Wir fordern eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle. Die Stadtwerke wollen wir demokratisieren. Sie sollen als partizipative Eigenbetriebe geführt werden. Aufsichtsräte sollen sich aus Belegschaften, Umweltschützer*innen und kommunalen Vertreter*innen zusammensetzen.

## Abfallvermeidung und vollständiges Recycling

Viel Abfall bedeutet, dass viele Ressourcen verschwendet werden. Für DIE LINKE. NRW steht daher die Müllvermeidung an erster Stelle. Den dann noch anfallenden Müll wollen wir konsequent recyceln. Abfall soll nur verbrannt werden, sofern der Rohstoff nicht anderweitig aufgearbeitet werden kann. Wir treten für eine Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

**Ökologische Plattform – DIE LINKE. NRW**

oekologische-plattform.dielinke-nrw.de
E-Mail: oekologische-plattform@dielinke-nrw.de
LAG Ökologische Plattform NRW

V.i.S.d.P. Sascha Wagner | DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen
Alt-Pempelfort 15 | 40211 | Düsseldorf

# Gegen die Zerstörung unserer Umwelt

## Umweltschutz: Sich gemeinsam den Konzernen entgegenstellen

Der Erhalt einer gesunden lebenswerten Umwelt und der Kapitalismus sind miteinander auf Dauer unvereinbar. Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus, denn die kapitalistische Wirtschaftsordnung verläuft ethisch, sozial und ökologisch ungesteuert nach dem Gesetz der Profitmaximierung und verlangt nach immer mehr Wachstum. Erst nach einer sozialistischen Transformation der wirtschaftlichen Verhältnisse wird es wirklich möglich sein, die Umwelt nachhaltig zu schützen und für unsere Nachkommen zu erhalten.

Wir müssen daher den gegenwärtigen politischen Kurs grundlegend verändern. Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen. Die Auswirkungen des Klimawandels zwingen zum Handeln. Es geht um gute Lebensbedingungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Status – in der Stadt wie auf dem Land.

Ökologische Politik müssen wir in NRW vor allem gegen Lobbyinteressen durchsetzen. Die Umwelt darf nicht den Gewinninteressen von Konzernen und Finanzinvestor*innen ausgeliefert sein. Wir wollen alternative Produktionsweisen voran bringen, die die Ausbeutung von Mensch und Natur überwinden.

## Ökologische Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika

Die konventionelle Landwirtschaft zerstört die Grundlagen der Erzeugung unserer Nahrungsmittel und vergiftet unser Wasser. Sie muss langfristig vollständig durch die ökologische Landwirtschaft ersetzt werden. Unser Ziel ist der Zugang zu gesunden, umweltverträglich und fair produzierten Nahrungsmitteln für alle. Dafür muss der Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und Medikamenten weiter gesenkt werden.

Der Preisdruck der Handelsketten und der Lebensmittelindustrie führt vielfach zu schlechten und unsicheren Arbeitsbedingungen und Tierschutzproblemen in der Landwirtschaft.

## Tierschutz: Tiere mit Respekt behandeln und artgerechter halten

DIE LINKE NRW plädiert dafür, das Verhältnis von Mensch und Tier neu zu bestimmen. Die Menschen haben die Verantwortung für die gesamte Natur. Der Schutzauftrag des Staates endet nicht beim Menschen. Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

## Wasser: Unsere Lebensgrundlage besser schützen

Sauberes und für jeden verfügbares Trinkwasser ohne Rückstände aus Pharmazie oder Chemieindustrie ist ein Menschenrecht. Die Qualität des Wassers wollen wir sichern und Privatisierungen verhindern.

## Luft: Schadstoffe vermeiden

Luftverschmutzung ist nach wie vor ein großes Problem in NRW, nicht zuletzt aufgrund des Abgasskandals in der Autoindustrie. Regelmäßig werden in Städten die Grenzwerte für Schadstoffe überschritten. Der Verkehr ist daher ins Zentrum der kommunalen Luftreinhaltepläne zu stellen, deren Erstellung und Umsetzung landesseitig nachgehalten werden sollte. Die Bundesregierung muss die Autokonzerne umgehend dazu verpflichten, auf eigene Rechnung Hardwarenachrüstungen bei den betroffenen Diesel-PKW vorzunehmen.

## Verkehr: Fahrscheinlos mit Bus und Bahn das Klima schützen

Der motorisierte Individualverkehr ist in den Städten einer der wichtigsten Verursacher von gesundheitlichen Belastungen durch Lärm und Feinstaub. Wir müssen unsere Städte so umbauen, dass Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr absoluten Vorrang haben.

Das bedeutet: ein vernetzter Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, Bus und Bahn. Wir setzen uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Versorgung, Freizeit, Arbeit und Bildung ein. Verkehrsberuhigte Anwohner*innenbereiche sollen systematisch ausgeweitet werden. Dabei ist eine barrierefreie Ausgestaltung wesentlich.

## Energie: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau

NRW ist Energieland Nummer 1 in Deutschland: Mit E.on, RWE und STEAG sind hier drei der größten Energiekonzerne ansässig. Im rheinischen Braunkohlerevier stehen drei der fünf Kraftwerke mit dem größten $CO_2$-Ausstoß in Europa. Der durch diese Emissionen verursachte globale Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen vieler Menschen durch den Anstieg des Meeresspiegels und Wetterextreme wie Dürren und Überschwemmungen.

Deutschland muss deshalb seinen Beitrag zum Erreichen der Temperaturanstiegsgrenze von 1,5° Celsius leisten. Das Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015 muss konsequent umgesetzt werden.

## Die zynische Doppelstrategie der Energiekonzerne

Die Energiekonzerne versuchen einerseits, die umweltschädliche Stromproduktion durch Kohlekraftwerke so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, andererseits wissen sie, dass die Energiewende unvermeidlich ist. Sie spalten die Unternehmen auf, um die alten, schmutzigen Unternehmensbereiche auf Kosten der Belegschaften und der Allgemeinheit umzustrukturieren (siehe aktuell beim Innogy-Deal zwischen RWE und E.ON). Dabei muss die Allgemeinheit bereits die Ewigkeitskosten von Atom und Kohle und die unmittelbaren Folgen der Klimaerwärmung tragen.

## Kohle: Verbindlicher Fahrplan für einen sofortigen Ausstieg

Wir fordern ein umfassendes Klimaschutzprogramm für NRW, mit einem verbindlichen Fahrplan für den sofortigen Braunkohle- und einen schnellstmöglichen Steinkohleausstieg. Rot-Grün hat in NRW den Kohleausstieg blockiert, Schwarz-Gelb setzt diese verantwortungslose Politik bis heute verbissen fort. Die Kohlekommission der Bundesregierung schützt in erster Linie die Interessen der Kohlelobby. Die Pariser Klimaziele lassen sich aber nur erreichen, wenn die 20 schmutzigsten Braunkohlemeiler bis spätestens 2020 vom Netz gehen. Wir fordern ein verbindliches Klimaschutz- und Kohleausstiegsrahmengesetz.

Nach unserem Konzept beginnt der Ausstieg am 1.1.2019 mit planmäßigen Stilllegungen und endet spätestens 2035. Dazu gehört auch, dass ab sofort keine Kohlekraftwerke mehr gebaut und keine neuen Tagebaue mehr aufgeschlossen werden. Klar ist: Der Ausstieg darf nicht auf dem Rücken der Belegschaften geschehen, so wie es die Energiekonzerne versuchen. Daher fordern wir einen jährlich mit mindestens 400 Millionen Euro ausgestatteten Fonds für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen. Und selbstverständlich müssen RWE und Co., die jahrelang satte Profite eingefahren haben, für die